

FORDERUNGEN UND ARGUMENTE FÜR SOZIAL GERECHTEN KLIMASCHUTZ



ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021



www.klima.caritas.de



INHALTSVERZEICHNIS

| | |
|--|-----------|
| Weichenstellung in Berlin: Warum ist die Bundestagswahl 2021 eine Klimawahl? | 5 |
| Jetzt auch noch die ...? Warum setzt sich die Caritas für den Klimaschutz ein? | 6 |
| Wer fordert, muss auch liefern: Was tut die Caritas ganz konkret fürs Klima? | 7 |
| Lasst uns erst mal mit den aktuellen Problemen fertig werden. Warum die Eile? | 8 |
| POLITISCHE FORDERUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021 | 9 |
| Forderung I Der CO ₂ -Preis muss steigen – aber nur mit Klimaausgleich! | 10 |
| Forderung II Klimaschädliche Subventionen müssen abgebaut werden! | 12 |
| Forderung III Klimafreundliche Infrastruktur muss ausgebaut werden! | 14 |
| WEITERE BEISPIELE FÜR SOZIALE SPANNUNGSFELDER BEIM KLIMASCHUTZ | 16 |
| Gesundheit und Klima | 16 |
| Migration und Klima | 16 |
| Wohnen und Klima | 17 |
| Generationengerechtigkeit und Klima | 18 |

„Soziales und Klimaschutz sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Somit betrifft die Gestaltung eines sozialgerechten Klimaschutzes das Kernanliegen der Caritas: den von der Klimakatastrophe am stärksten betroffenen Armen aus einer christlichen Motivation heraus beizustehen. Je länger gewartet wird, Versprechungen abgegeben, aber nicht eingelöst werden, desto tiefgreifender und eruptiver muss in den verbleibenden Jahren gehandelt werden, mit nicht absehbaren Konsequenzen für das Zusammenleben auf dem Planeten.“

Auszug aus dem Positionspapier des Deutschen Caritasverbandes „Klimaschutz – ambitioniert und sozial gerecht gestalten“, das am 14. Oktober 2020 von der Caritas-Delegiertenversammlung verabschiedet wurde.



KLIMASCHUTZ HAT KEINE ZEIT FÜR POPULISMUS

„Klimaschutz ist die zentrale Herausforderung von Gegenwart und Zukunft. Das dürfte mittlerweile allen klar sein. Doch es ist Wahlkampf und statt mit Substanz diskutiert, werden konkrete klimapolitische Maßnahmen plump direkt abgelehnt, der raschen Aufmerksamkeit wegen. Inzwischen ist das Handlungszeitfenster für Klimaschutz jedoch so klein, dass wir keine Zeit mehr für Populismus haben. Schon heute leiden die Armen – nicht nur im globalen Süden – unter den Auswirkungen der Klimakrise. Die Zeit zum Taktieren, Aussetzen und Diffamieren ist zu Ende.

Die Klimakrise wird alle Lebensbereiche grundlegend ändern und niemand kann sich der Transformation entziehen. Und was hat das mit der Caritas zu tun? Für Klimaschutz einzutreten ist und muss unsere Aufgabe als Caritas sein. Denn die Klimakrise trifft in erster Linie die, deren Stimme wir nicht hören: Die Kinder und Jugendlichen, die nicht wählen; die vielen Menschen, die Klimakatastrophen weltweit in die Flucht treiben; die Familien mit geringen Einkommen, die bei den ökonomischen Anreizen zum Klimaschutz oft außen vor bleiben. Ökologie und Soziales gehören ganz eng zusammen – gerade für die Caritas.

Eine wirkungsvolle Klimapolitik braucht daher die Akzeptanz vieler. Auf diesen gesellschaftlichen Zusammenhalt ist die kommende Bundesregierung angewiesen, egal, in welchem Farbenkleid sie sich präsentiert. Dafür muss die Politik jedoch Verantwortung übernehmen und konkret werden. Das ist ja wohl in einem Wahljahr und bei einem so ernsten Thema nicht zu viel verlangt.“



Prälat Dr. Peter Neher,
Präsident Deutscher Caritasverband e. V.
im Gastbeitrag „Klimaschutz hat
keine Zeit für Populismus“,
erschieden am 18. Juni 2021
in der Badischen Zeitung



WEICHENSTELLUNG IN BERLIN: WARUM IST DIE BUNDESTAGSWAHL 2021 EINE KLIMAWAHL?

Das Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 hat es deutlich gemacht: Klimaschutz muss entschiedener, sozial gerechter und generationengerechter gestaltet werden. Politiker_innen aller Parteien, die sich für den kommenden Bundestag bewerben, stehen in der Pflicht, sich ernsthaft mit politischen Lösungen zur Rettung unseres Klimas auseinanderzusetzen. Selbst Parteien, die bislang einen Bogen um effektive Klimapolitik gemacht haben, müssen umdenken und aufzeigen, wie sie dafür sorgen wollen, die Erreichung des 2015 in Paris beschlossenen **1,5-Grad-Ziels** zu erreichen.

In den kommenden fünf Jahren müssen grundlegende Weichenstellungen für ambitionierten Klimaschutz vorgenommen und wichtige **Investitionsentscheidungen** getroffen werden. Diese gerade auch mit den Corona-Konjunkturpaketen verbundenen Entscheidungen haben Auswirkungen auf den Treibhausgasausstoß der nächsten 20 bis 30 Jahre und somit darauf, ob Deutschland sich an der Einhaltung des 1,5-Grad-Limits orientiert oder

nicht. Entsprechend hoch sind daher auch die Erwartungen der Wähler_innen. Eine Befragung der Konrad-Adenauer-Stiftung hat ergeben, dass 25 Prozent der CDU-Wähler_innen sich vorstellen können, ihre Stimme am **26. September** den Grünen zu geben, nur vier Prozent hingegen könnten sich auch für die AfD entscheiden. Bei den SPD-Wähler_innen ergibt sich ein ähnliches Bild: 39 Prozent liebäugeln mit den Grünen, nur ein Prozent mit der AfD. Dies lässt erkennen: Nicht innere Sicherheit, Corona oder Flüchtlingsfragen sind das wahlentscheidende Thema 2021, sondern Klimaschutz.

- Nach dem Klima-Urteil des Bundesverfassungsgerichts stehen Parteien in der Pflicht, mit glaubwürdigen Klimaschutz-Agenden in den Wahlkampf zu gehen.
- Klimaschutz hatte noch nie so hohe Priorität bei Wähler_innen.

JETZT AUCH NOCH DIE ...? WARUM SETZT SICH DIE CARITAS FÜR KLIMASCHUTZ EIN?

Die Caritas möchte sich weder zu einer Umwelt-NGO entwickeln, noch sind PR-Gründe Anlass, sich des Themas anzunehmen. Vielmehr verpflichten uns theologische, sozialpolitische und Gerechtigkeitsargumente dazu, die Stimme zu erheben und deutlich zu machen, dass Soziales und Klimaschutz keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Die Gestaltung eines sozial gerechten Klimaschutzes ist also ein **Kernanliegen der Caritas**. Wie dieser Perspektivwechsel möglich ist, zeigt u.a. Papst Franziskus in der Enzyklika Laudato Si auf. So „muss der gesamte ökologische Ansatz eine soziale Perspektive einbeziehen, welche die Grundrechte derer berücksichtigt, die am meisten übergangen werden.“ (LS, 93) Dass eine solche inklusive Perspektive alles andere als selbstverständlich ist, macht ein Blick auf die bisherige Klimapolitik in Deutschland deutlich. Diese bevorzugt die Mittel- und Oberschicht (Kaufprämie für E-Autos, Pendlerpauschale, fehlende Kerosinbesteuerung), obwohl gerade einkommensstarke Haushalte einen deutlich größeren CO₂-Fußabdruck haben als einkommensschwache Haushalte. Das deckt sich auch mit unseren Erfahrungen aus zwölf Jahren **Stromsparcheck**.

Hinzu kommt, dass einkommensärmere Personen, Ältere sowie Kinder und Jugendliche weltweit, aber auch in Deutschland stärker unter den Folgen der Klimakrise leiden. Wir wollen uns anwaltschaftlich für diese Gruppen einsetzen und dafür sorgen, dass die Lasten und Chancen auf dem Weg hin zur Klimaneutralität sozial gerecht verteilt werden.

- Die Caritas betreibt weder Greenwashing noch wollen wir uns zu einer Umwelt-NGO entwickeln.
- Soziales und Klimaschutz bedingen sich gegenseitig und sind nicht voneinander zu trennen.
- Menschen am Rand der Gesellschaft sind vom Klimawandel am stärksten betroffen – für sie will die Caritas Anwältin sein und ihnen eine politische Stimme geben.
- Lasten und Chancen der Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft müssen sozial gerecht verteilt werden, sonst ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet.



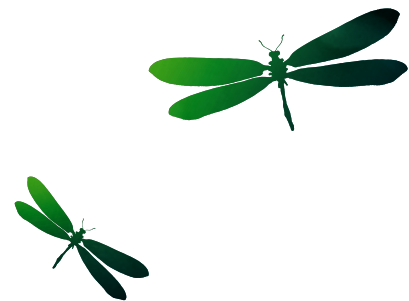
WER FORDERT, MUSS AUCH LIEFERN: WAS TUT DIE CARITAS GANZ KONKRET FÜRS KLIMA?

Mit ihren über **25.000 Diensten und Einrichtungen** erzeugt auch die Caritas einen gewaltigen ökologischen Fußabdruck: Der große Bestand an Sozialimmobilien und Fahrzeugen, aber auch die Energie- und Materialbeschaffung wirken sich hier aus.

2020 haben die höchsten Verbandsgremien den ambitionierten Beschluss gefasst, **bis 2030 klimaneutral** werden zu wollen. Hierzu will die Caritas in den kommenden Jahren durch Modernisierungsmaßnahmen am Immobilienbestand, durch eine klimaneutrale Transformation der Mobilität, durch Klimaschutzbefördernde Finanzanlagen sowie bei der Energiebeschaffung und Verpflegung ihren Beitrag leisten. Um Hilfe bei diesem Transformationsvorhaben zu erhalten, steht die Caritas in engem Austausch mit diversen Bundesministerien und anderen Akteuren aus dem Bereich der Sozialwirtschaft.

Außerdem gibt es bereits Caritas-Standorte, die innovative Lösungen hin zur Klimaneutralität voranbringen. Dieses Know-how soll genutzt und zugänglich gemacht werden. Extremwetterereignisse und Klimaveränderungen bedrohen das Leben vieler Menschen im globalen Süden. Das Hilfswerk des Deutschen Caritasverbandes, **Caritas international**, ist hier in der Katastrophenhilfe und -vorsorge aktiv.

- Die Caritas in Deutschland hat beschlossen, ihre 25.000 Dienste und Einrichtungen bis 2030 klimaneutral zu betreiben (ermöglichende Refinanzierung vorausgesetzt).
- Umstellung von Fahrzeugflotten im Bereich der ambulanten Pflege hin zu alternativen Mobilitätskonzepten und E-Mobilität erfolgt bereits in größerem Umfang.
- Kooperationen und Austausch mit anderen Verbänden und Bundesministerien wurden gestartet.



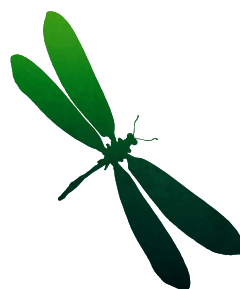
LASST UNS ERST MAL MIT DEN AKTUELLEN PROBLEMEN FERTIG WERDEN. WARUM DIE EILE?

In der Tat haben uns die Folgen der Corona-Pandemie seit mehr als einem Jahr fest im Griff. Der Klimaschutz als langfristig zu bearbeitendes Problem rutscht seit 30 Jahren immer wieder in eine „**C-Priorität**“.

Es wird deutlich, dass sich das Zeitfenster schließt, in dem es möglich ist, die schlimmsten Auswirkungen der Klimakrise noch abzuwenden. Jedes weitere Zögern und Warten hat zur Folge, dass die Erderwärmung aus dem Ruder läuft und wir das Ziel einer maximalen Erderwärmung von zwei Grad bis 2050 verfehlen – mit massiven, nicht absehbaren Folgen für die gesamte Menschheit auf unserem Planeten.

Je später wir handeln, umso geringer wird der Spielraum sein, den Politik und nachfolgende Generationen haben – umso geringer die Chance, dass sozial gerechte Lösungen für den Klimaschutz eine Chance bekommen. Ähnlich sehen dies auch die Richterinnen und Richter des **Bundesverfassungsgerichts**, die mit ihrem wegweisenden Klima-Urteil im April 2021 die Legislative verpflichtet haben, jetzt zu handeln und nicht länger zu warten.

- Das verbleibende Zeitfenster ist klein, um die schlimmsten Auswirkungen des Klimawandels noch abzuwenden.
- Politik muss jetzt Weichen stellen, sonst wird die nächste Krise noch viel schlimmer als die aktuelle.
- Wir müssen der nachkommenden Generation zumindest einen minimalen Handlungsspielraum lassen.





**POLITISCHE
FORDERUNGEN
ZUR BUNDES-
TAGSWAHL**

2021

FORDERUNG I

DER CO₂-PREIS MUSS STEIGEN – ABER NUR MIT KLIMAAUSGLEICH!

Die Emission von Treibhausgasen muss teurer werden, um die richtigen und notwendigen Anreize in Wirtschaft und Gesellschaft zu setzen. Ein sinnvoller Weg ist die weiter und kontinuierlich steigende Besteuerung des CO₂-Ausstoßes auf mindestens 180 Euro pro Tonne im Jahr 2030. Um hieraus keine sozial begründeten Benachteiligungen entstehen zu lassen, sind die durch die CO₂-Bepreisung generierten Einnahmen **vollständig** in Form eines **Klimageldes** anteilmäßig an die Bevölkerung zurückzuzahlen. Flankierend zu diesen **Pro-Kopf-Rückzahlungen** muss ein Ausgleichsfonds zur Abwendung besonderer sozialer Härten hinzukommen. Die Klimaprämie darf nicht mit Fürsorgeleistungen verrechnet werden. Somit entfaltet sie eine Lenkungswirkung hin zu einer klimafreundlicheren Produktion und einem treibhausgasärmeren Konsum auf der einen Seite und einer monetären Umverteilung, welche vor allem einkommensschwächere Haushalte stärkt, auf der anderen Seite.

DAS BEDEUTET IN DER PRAXIS:

Bei einer Besteuerung von 180 Euro pro Tonne CO₂ angerechnet auf den derzeitigen CO₂-Ausstoß Deutschlands (ca. 800 Millionen Tonnen) ergäbe sich eine Summe von 140 Milliarden Euro durch CO₂-Bepreisung. Aufgeteilt auf die Gesamtbevölkerung (ca. 83 Millionen Menschen) ergibt sich ein Klimageld von ca. 150 Euro pro Person pro Monat. Für eine vierköpfige Familie bedeutet das einen Klimabonus von bis zu 600 Euro im Monat.

ARGUMENTE DAFÜR:

- Die Kosten, die pro emittierter Tonne CO₂ verursacht werden, belaufen sich laut Umweltbundesamt auf 195 Euro. Solange negative Umweltwirkungen sich nicht in den Preisen niederschlagen, gibt es keinen Anreiz, klimaschonender zu produzieren und zu konsumieren.
- Steigende Preise benachteiligen zunächst einkommensärmere Haushalte, die einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens für Strom, Heizen und Mobilität aufwenden müssen, obwohl sie ihren Konsum in diesem Bereich meist nur begrenzt beeinflussen können. So

sind ärmere Haushalte beispielsweise trotz ihres deutlich geringeren Energieverbrauchs durch die Energiekosten proportional stärker belastet als reichere. Die Energiekosten (ohne Kraftstoffe) betragen bei ihnen rund 8,8 Prozent der Konsumausgaben. Dies ist mehr als der durchschnittliche Anteil, der bei 5,6 Prozent liegt. Werden die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung anteilig an die Bevölkerung zurückgezahlt, werden die Haushalte in der unteren Einkommensschicht und Familien finanziell entlastet, d.h. das Klimageld übersteigt die Ausgaben für die höheren Energiekosten. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehen Hand in Hand.

- Klimaschutz muss in einer Demokratie auf Akzeptanz stoßen, sonst werden die nötigen Mehrheiten verfehlt. Werden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gleichermaßen befördert, kann Klimaschutz nicht als Elite-Projekt diffamiert werden. Er wird erschwinglich und sogar attraktiv für finanziell schwache Haushalte.

MÖGLICHE EINWÄNDE:

- **Die Auszahlung ist kompliziert und erfordert viel bürokratischen Aufwand:** In der Tat ist noch nicht geklärt, welche Institution die Auszahlung ohne großen zusätzlichen Aufwand übernehmen könnte. Denkbar sind die Krankenkassen, jedoch sollte das Klimageld als Betrag zurückgezahlt werden und nicht mit den Krankenkassenbeiträgen verrechnet werden.
- **Der Preis von 180 Euro pro Tonne ist viel zu hoch:** Im Verkehrsbereich gab es in der Vergangenheit immer wieder Schwankungen, denen der Benzin- und Dieselpreis unterlagen, ohne nennenswerte Auswirkungen auf den Umfang des motorisierten Individualverkehrs. Die Preisaufschläge müssen daher spürbar sein, um Verhaltensänderungen zu bewirken. Flankiert werden muss dies jedoch durch den massiven Ausbau des ÖPNV und eine in der Fläche gut ausgebaute Infrastruktur.
- **Die Wirtschaft ist durch Corona ohnehin zu sehr belastet, steigende Energiepreise werden sie überfordern:** Die gesamte Welt befindet sich auf einem Dekarbonisierungspfad oder muss diesen zeitnah einschlagen. Je rascher der Umstieg geschafft ist, desto wettbewerbsfähiger sind die Unternehmen für die Zukunft aufgestellt. Für Unternehmen, die sich im internationalen Wettbewerb befinden, ist ein Grenzausgleichssteuersystem auf europäischer Ebene zu etablieren, um Wettbewerbsverzerrungen und daraus resultierende Verlagerung von CO₂-Emissionen (Carbon Leakage) zu verhindern.

- **Wir sind auf dem richtigen Weg und haben auch 2020 unsere Reduktionsziele übererfüllt:** Der starke Einbruch der Wirtschaftsleistung hat zu einer Minderung der Treibhausgasemissionen um 82 Millionen Tonnen beziehungsweise 10,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr geführt. Gegenüber dem Jahr 1990 ist das ein Rückgang von 42,3 Prozent. Damit hat die Bundesregierung ihr Ziel einer Reduktion um 40 Prozent in diesem Zeitraum übererfüllt. Das liegt aber wesentlich an der Coronakrise. Laut Schätzungen der Agora Energiewende (2021) sind knapp zwei Drittel dieser Reduktion (55 Millionen Tonnen Treibhausgase) auf die Corona-bedingten Effekte zurückzuführen. Ohne die Pandemie wären die Emissionen wahrscheinlich nur um 25 Millionen Tonnen beziehungsweise gegenüber 1990 nur um 37,8 Prozent gesunken. So wären die Reduktionssenkungsziele verfehlt worden. Das zeigt: Corona ist keine nachhaltige Klimapolitik.
- **Das Klimageld sollte mit steigendem Einkommen abgeschmolzen werden:** Sozial- und haushaltspolitisch ist diese Forderung sinnvoll, strategisch weniger. Die Umsetzungswahrscheinlichkeit ist mit einem Pro-Kopf-Klimageld höher, langwierige Debatten über Einkommensgrenzen, ab denen nicht mehr der volle Betrag zurückgezahlt wird, können vermieden werden.
- **Wir brauchen die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung für den Infrastrukturausbau:** Der Ausbau einer klimaschonenden Infrastruktur ist ohne Zweifel ebenso wichtig. Hierfür müssen aber progressiv erhobenes Steuergeld oder durch Subventionsabbau frei werdende Mittel verwendet werden. Sonst finanzieren Menschen mit wenig Geld im Verhältnis zu ihrem Einkommen deutlich stärker die Klimawende, als dies Menschen an der oberen Einkommensskala tun würden, wie dies beispielsweise bei der Energiewende bisher der Fall ist.
- **Deutschland allein kann das Klima nicht retten:** CO₂-Bepreisung findet nicht nur in Deutschland statt. In anderen Ländern werden zum Teil viel höhere Preise erhoben, wie beispielsweise in Norwegen, Schweden oder in der Schweiz. Außerdem steht Deutschland in der Pflicht, einen fairen Anteil am Klimaschutz zu leisten – nicht zuletzt, weil die Bundesrepublik in der Vergangenheit überproportional hohe CO₂-Emissionen verursacht hat.

DARUM MISCHT SICH DIE CARITAS HIER EIN:

Klimaschutz darf nicht nur für Reiche finanzierbar sein. Damit Einkommensärmere nicht überproportional finanziell belastet werden, Reiche sich weiterhin ein klimaschädigendes Leben finanzieren können und die Akzeptanz für die notwendigerweise steigenden Preise erhalten bleibt, müssen die Einnahmen pro Kopf zurückgezahlt werden. Je klimaschonender ein Haushalt lebt, desto mehr kann er sein Einkommen durch das Klimageld aufbessern.

UMSETZBARKEIT:

Zuständig für die Einführung ist der Bundestag, der Bundesrat ist zustimmungspflichtig. Deutschland hat 2019 die CO₂-Bepreisung für Wärme und Gebäude im nationalen Rahmen beschlossen. Der Einstiegspreis beträgt im Jahr 2021 25 Euro pro Tonne, was eine Verteuerung von 7 Cent pro Liter Heizöl, 6 Cent pro Liter Benzin, 7 Cent pro Liter Diesel und 0,5 Cent pro Kilowattstunde Gas bedeutet. Stufenweise wird der Preis auf 55 Euro pro Tonne im Jahr 2025 erhöht. Seit 2005 existiert auf europäischer Ebene ein Emissionshandelssystem, von dem die Energiewirtschaft, die energieintensive Industrie und seit 2012 auch der innereuropäische Luftverkehr erfasst werden.

FRAGEN AN DIE POLITIK:

- Warum wiederholen Sie die Fehler, die bei der Einführung der Ökosteuer passiert sind? Die Einnahmen aus dieser Ökosteuer fließen in die Rentenversicherung, der Vorteil für die Bevölkerung ist nicht erkennbar, die Akzeptanz gering, die eigentlich nötigen Erhöhungsstufen wurden ausgesetzt.
- Einkommensarme haben als Mieter_innen keinen Einfluss auf den energetischen Zustand der Immobilie. Auch der Erwerb von energiesparenden Geräten ist ihnen häufig nicht möglich. Warum sollen sie überproportional belastet werden, obwohl sie unterproportional zur Klimakrise beitragen?



FORDERUNG II

KLIMASCHÄDLICHE SUBVENTIONEN MÜSSEN ABGEBAUT WERDEN!

Der deutsche Staat gibt jährlich knapp 50 Milliarden Euro für nachweislich klimaschädliche Subventionen aus. Schon durch den Abbau der zehn relevantesten klimaschädlichen Subventionen können wir Emissionen in Höhe von fast 100 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent (CO₂e) pro Jahr einsparen. Zum Vergleich: Dies entspricht in etwa den jährlichen CO₂e-Emissionen des gesamten Pkw-Verkehrs in Deutschland (96 Millionen Tonnen CO₂e). Zudem bieten die Subventionen Fehlanreize auf den Sektoren Energie, Verkehr und Landwirtschaft und stehen somit der ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft entgegen. Die Caritas fordert einen schrittweisen Abbau von klimaschädlichen Subventionen unter sozialen Gesichtspunkten, beginnend mit dem **Abbau der Steuervorteile für Dienstwagen**, der **Reform für Strompreisausnahmen der Industrie**, dem **Abbau der Energiesteuervergünstigung Diesel** und der Besteuerung (Mehrwertsteuerbefreiung) des **internationalen Luftverkehrs**.

ARGUMENTE DAFÜR:

- Die klimaschädlichen Subventionen konterkarieren die Anstrengungen der Dekarbonisierung. Klimaschutzmaßnahmen der Politik wirken halbherzig und unglaubwürdig, wenn gleichzeitig Klimakiller gefördert werden.
- Der Abbau der Subventionen hätte eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen zur Folge.
- Subventionen in fossilen Bereichen begünstigen einkommensstarke Haushalte (Dienstwagenprivileg, Flugverkehr, Entfernungspauschale ...), obwohl diese die Klimakrise überproportional verursachen; damit wird klimaschädliches Verhalten belohnt. Der Abbau der Subventionen wirkt in den meisten Fällen progressiv, d.h. einkommensschwache Haushalte profitieren.
- Eine kohlenstofffreie beziehungsweise -arme Wirtschaft ist kapitalintensiv (öffentlicher Verkehr, Stromleitungen, Speicherkapazitäten etc.). Der Investitionsbedarf der öffentlichen Hand ist enorm und könnte durch den Abbau staatlicher Subventionen zu großen Teilen gedeckt werden.

MÖGLICHE EINWÄNDE:

- **Sozial ist, was Arbeit schafft. Durch die Subventionen auf dem Verkehrssektor erhalten wir Hunderttausende von Arbeitsplätzen:** Von Arbeitsplätzen, die nicht zukunftsfähig sind. An der Dekarbonisierung führt kein Weg vorbei, daher sollten keine falschen Anreize ins Geströck gesetzt werden. Je klarer die Signale an die Wirtschaft sind, desto besser können sie umsteuern und ein Geschäftsmodell für die dekarbonisierte Zukunft entwickeln. Fossile Anreize sind kontraproduktiv und schaden der Wirtschaft langfristig.
- **Die Entfernungspauschale nutzt den armen Menschen auf dem Lande:** Die Zahlen sprechen eine andere Sprache. Einkommensstarke Haushalte haben in der Tendenz längere Arbeitswege, pendeln häufiger und sind eher in suburbanen Räumen angesiedelt (Einkommenshöhe und Pendeldistanz korrelieren). Sie haben generell höhere Werbungskosten und einen höheren Steuersatz, so dass sie absolut stärker von der Absetzbarkeit profitieren. Die vollständige Abschaffung der Entfernungspauschale hätte eine progressive Verteilungswirkung. Sowohl die absolute als auch die relative Belastung (im Verhältnis zum Einkommen) steigt mit dem Einkommen. Spitzenverdiener_innen können mit der aktuellen Regelung ihre zu zahlende Einkommenssteuer um bis zu 2000 Euro verringern. Hinzu kommt, dass viele einkommensschwache Haushalte keine Einkommensteuererklärung abgeben.
- **Die Abschaffung der Entfernungspauschale ist verfassungswidrig:** Beanstandet wurde bisher vom Bundesverfassungsgericht die Abweichung vom objektiven Nettoprinzip, das eine Besteuerung des Einkommens nach Abzug von Betriebsausgaben, Werbungskosten oder Verlusten vorsieht. Hierfür ist eine sachlich einleuchtende Begründung anzugeben, wie beispielsweise eine gesamtwirtschaftlich effiziente oder die verkehrs-, siedlungs- und umweltpolitische Verhaltenslenkung.
- **Durch die niedrigen Preise im Flugverkehr können sich auch einkommensschwache Haushalte Flugreisen leisten:** Der Flugverkehr weist weltweit trotz Billigfliegerangeboten eine eklatante soziale Schieflage auf. 90 Prozent der weltweiten Fluggäste stammen aus der Oberschicht und der oberen Mittelschicht, während die untere Mittelschicht und niedrige Einkommen, insgesamt 50 Prozent der Bevölkerung, nur für zehn Prozent der Flüge verantwortlich sind. Für Deutschland gibt es keine Untersuchung zur Einkommensverteilung und zum Fluggästaufkommen, in Großbritannien werden 75 Prozent des Flugverkehrs von 15 Prozent der Bevölkerung verursacht.

DARUM MISCHT SICH DIE CARITAS HIER EIN:

Subventionen wirken degressiv, der Abbau progressiv, d.h. einkommensschwache Haushalte profitieren. Der Beitrag zum Klimaschutz ist mit möglichen Einsparungen von 100 Millionen Tonnen CO₂e enorm. Zudem sind die öffentlichen Ausgaben im Zuge der Bewältigung der Auswirkungen der Covid-19-Krise in ihrer Höhe einmalig. Diese Chance muss aus Gerechtigkeitsgründen genutzt werden. Sie darf die Klimakrise nicht verschlimmern, sondern sollte die Dekarbonisierung substanziell voranbringen.

UMSETZBARKEIT:

Die hier aufgeführten Subventionen können auf Bundesebene abgebaut werden. Daneben gibt es noch zahlreiche weitere Subventionen, über die auf Länderebene oder kommunaler Ebene entschieden wird, wie beispielsweise Subventionen für (Regional-)Flughäfen, von denen viele nur aufgrund hoher Zuschüsse existieren.

FRAGEN AN DIE POLITIK:

- Im Kyoto-Protokoll von 1997 haben sich die Staaten verpflichtet, klimaschädliche Subventionen abzubauen. Warum kommen Sie Ihren Verpflichtungen auch 2021 nicht nach?
- Warum predigen Sie Wasser (also appellieren an klimaschonendes Verhalten) und trinken selbst Wein (fördern finanziell Unternehmenszweige, die klimazerstörend sind)?
- Finanzielle Anreize sind ein wirksames und leicht anwendbares Instrument, mit dem die Politik tatsächlich Politik gestalten kann. Warum setzen Sie immer noch finanzielle Anreize im klimaschädlichen Bereich?
- Warum sollten Unternehmen ihre Geschäftspolitik grundlegend dekarbonisieren, wenn sie über Subventionen noch gut vom Status quo profitieren?
- Warum unterstützen wir mit Steuergeldern vor allem die einkommensstarken Haushalte?



FORDERUNG III

KLIMAFREUNDLICHE INFRASTRUKTUR MUSS AUSGEBAUT WERDEN!

Damit den Menschen angesichts steigender Energiepreise klimaschonende Handlungsalternativen zur Verfügung stehen, müssen grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge durch öffentliche Investitionen und Förderungen klimaneutral bereitgestellt werden. Ein Beispiel: Damit der Umstieg von Berufspendlern auf den öffentlichen Nah- und Fernverkehr gelingen kann, muss er ausreichend ausgebaut und darf nicht zu teuer sein. Erst dann haben Haushalte eine Alternative zum Auto mit Verbrennungsmotor und werden durch höhere CO₂-Preise nicht belastet. Eine gut ausgebaute **Infrastruktur ist** folglich die **Grundlage von sozialer und ambitionierter Klimapolitik**.

Damit profitieren alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere auch die einkommensschwächeren. Für die angestrebte Klimaneutralität ist eine fast komplett neue Energieinfrastruktur notwendig. Das betrifft die Erzeugung von Energie, deren Verteilung und Verwendung. Weitere öffentliche Investitionen braucht es für die sozial-ökologische Transformation von Mobilität (Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs, Förderung von Fuß- und Radwegen, Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs). Im Gebäudesektor gilt es den öffentlichen und Non-Profit-orientierten Bereich deutlich auszubauen, da hier nicht nur die Mieten günstiger sind, sondern auch aufgrund eines höheren energetischen Standards der Klimafußabdruck kleiner ist. Statt Heizungsanlagen in jedem Haus zu installieren, könnten Nah- und Fernwärmenetze die Wärmeversorgung insbesondere in dicht besiedelten Gebieten ersetzen. In einem regenerativ betriebenen Kraftwerk wird Wärme produziert, die über wärmegeämmte Leitungen in Form von heißem Wasser in die Wohnungen transportiert wird. Betrieben werden müssten die Kraftwerke mit Geothermie, Solarthermie oder nicht genutzter Abwärme aus Industrieprozessen. Klimaschutz ist als Leitlinie in der Stadtentwicklung zu etablieren: Eine integrierte, klimaneutrale, inklusive und an (Flächen-)Gerechtigkeitsaspekten ausgerichtete Stadt der kurzen Wege mit gemischten Quartieren ist anzustreben.

Nicht zu unterschätzen ist die soziale Infrastruktur mit Pflege, Kitas und Schulen, Beratungsangeboten, Gesundheitsdienstleistungen etc. Diese gilt es auf ihrem Weg zur Klimaneutralität zu unterstützen.

ARGUMENTE DAFÜR:

- Öffentliche Infrastruktur oder das Fehlen derselben hat erheblichen Einfluss auf den Klimafußabdruck der Menschen – im Positiven wie im Negativen. Wird die Infrastruktur konsequent auf Klimaschutz ausgerichtet, verändert sich das Verhalten der Menschen und die Emissionen sinken.
- Eine starke und günstig nutzbare Infrastruktur ist eine der Voraussetzungen für soziale Gerechtigkeit. Fehlt diese, bedeutet eine Bepreisung von CO₂-Emissionen eine stärkere Belastung der einkommensarmen Haushalte sowie deren erzwungenen Verzicht, wohingegen finanzstarke Haushalte klimaschädigendes Verhalten nicht zurückführen müssen.
- Klimaschonende Infrastruktur hat häufig auch positive Begleiterscheinungen (bessere Luft in den Städten; weniger Lärmemissionen; mehr Raum zum Verweilen durch weniger Verkehr; bessere Gesundheit durch mehr Bewegung).

MÖGLICHE EINWÄNDE:

- **Es ist kein Geld da. Die Schuldenbremse muss eingehalten werden:** Nichts ist so teuer wie eine ungebremste Klimakrise. Daher sind massive Investitionen jetzt nötig, um möglichst zeitnah eine Transformation zu ermöglichen und generationengerecht zu handeln.
- **Das bestehende Corona-Konjunkturpaket ist ausreichend und befördert in erster Linie Klimaschutz:** Die klimaschützenden Elemente des Konjunkturpakets belaufen sich auf insgesamt 45 Milliarden Euro, die allerdings erst im Laufe der nächsten Jahre ausgegeben werden in den Bereichen klimaneutrale Mobilität, erneuerbare Energien im Stromsektor, Investitionen sowie Forschung und Entwicklung. All diese Maßnahmen sind nicht ausreichend, um wirklich zu einem massiven Umbau der deutschen Energieinfrastruktur zu führen. Laut Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung müssten jedes Jahr über die nächsten zehn Jahre zusätzlich circa 45 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen ausgegeben werden, um den bisherigen Investitionsstau abzutragen, sowie wichtige Zukunftsinvestitionen etwa in die Dekarbonisierung der Wirtschaft zu tätigen.
- **Auch Autobahnen brauchen Geld zur Instandhaltung:** Investitionskosten heute legen das Verhalten von morgen fest. Morgen müssen wir in einer dekarbonisierten

Welt leben. Daher muss der Euro auch heute bereits für klimaschonende Infrastruktur ausgegeben werden. Infrastrukturvorhaben haben zudem eine lange Planungs- und Bauzeit, was ein rasches und konsequentes Umsteuern der Investitionsmittel erfordert.

- **Der Markt wird es regeln – der Staat ist nicht der bessere Unternehmer:** Wie die Geschichte der Entstehung neuer Technologien gezeigt hat, sind zumeist massive Anschubfinanzierungen durch den Staat nötig, da private Investoren die hohen Kosten und Risiken zur Entwicklung neuer Technologien oft nicht auf sich nehmen. Zum Beispiel sind die Photovoltaik und die Windenergie erst durch staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung sowie durch Marktschaffung marktfähig geworden.

DARUM MISCHT SICH DIE CARITAS HIER EIN:

Die Preise für den Ausstoß von Treibhausgasen werden steigen. Damit dies nicht einseitig zulasten der Einkommensschwächeren geht, die sich steigende Preise nicht leisten können, muss eine klimaschonende, möglichst wohnortnahe Infrastruktur bereitgestellt werden. Damit erhalten die Menschen Handlungsalternativen, der Umstieg wird ermöglicht, erleichtert und attraktiv, die Akzeptanz für eine Verhaltenstransformation wächst.

UMSETZBARKEIT:

Infrastrukturausbau findet auf unterschiedlichen Ebenen statt. Für den überregionalen Bahnverkehr ist der Bund zuständig. Der regionale Bahnverkehr hingegen ist Länderaufgabe, Busse, U- und Straßenbahnen liegen in kommunaler Hand. Die finanzielle Ausstattung von Kommunen wiederum hängt auch von finanziellen Rahmenbedingungen ab, die diese häufig nicht allein gestalten können.

Eng mit dem Ausbau des ÖPNV und der Zurückdrängung des motorisierten Individualverkehrs ist die kommunale Aufgabe der Stadtentwicklung verbunden. Gemeinwohlorientierter und kommunaler Wohnungsbau liegt im kommunalen Entscheidungshorizont, förderliche Rahmenbedingungen wie eine Wohnungsgemeinnützigkeit sind hingegen auf Bundesebene verortet. Diese kann auch wirksame Förderprogramme auflegen – ebenso wie die Landesebene.

Die Nahwärmeversorgung ist kommunale Aufgabe, attraktive Förderprogramme kann ebenfalls der Bund auflegen. Bei den meisten Fragen zeigt sich eine starke Rolle der Kommune, die finanziell und personell jedoch in der Lage sein muss, diese Aufgaben umsetzen zu können.

FRAGEN AN DIE POLITIK:

- Seit 1994 wurden vom Bund 150-mal mehr Straßen- als Schienenkilometer gebaut. Was muss geschehen, damit sich das Verhältnis wandelt?
- Viele Bereiche des Infrastrukturausbaus finden auf kommunaler Ebene statt. Wie kann der Bund die Kommunen bei dieser ambitionierten Aufgabe fördern und fordern?
- Was muss politisch geschehen, damit die angestrebte Energiewende schneller vollzogen wird?



WEITERE BEISPIELE FÜR SOZIALE SPANNUNGSFELDER BEIM KLIMASCHUTZ

GESUNDHEIT UND KLIMA

Der Klimawandel hat direkten Einfluss auf unsere Gesundheit, laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) stellt er die größte Bedrohung der menschlichen Gesundheit dar.

Steigende Temperaturen führen zu längeren Wärmeperioden, häufiger auftretenden Hitzewellen, Dürren, Wassermangel, Extremwetterereignissen wie Überschwemmungen, aber auch zu steigendem Meeresspiegel. Viele dieser Auswirkungen wie Stürme, Starkregen, Erdbeben oder Hitzewellen sind lebensbedrohlich, andere führen zu gesundheitlichen und psychischen Einschränkungen.

Niedriger Blutdruck, Kreislaufschwäche, Hitzekollaps, Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Übelkeit, Thrombosen, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Lungenfunktionsstörungen, vermehrte Allergien und kürzere beschwerdefreie Zeit für Asthmatiker_innen, erhöhtes Hautkrebsrisiko durch vermehrte UV-Strahlung, bisher nicht verbreitete Viruserkrankungen und Krankheitsüberträger, psychische Erkrankungen ... die Liste der **Gesundheitsgefahren** durch den Klimawandel ist lang; gefährdet und betroffen sind vor allem ältere Menschen, Vorerkrankte, Kinder und Jugendliche sowie Einkommensärmere, da sie den Gefahren häufig weitestgehend schutzlos ausgeliefert sind.

Die negativen Auswirkungen der Klimakrise, so die klare Erkenntnis der WHO, widersprechen dem Recht auf Gesundheit. Klimaschutz auf der anderen Seite schützt direkt die Gesundheit der Menschen. Die Abschaltung von Kohlekraftwerken verringert die Belastung durch Luftschadstoffe wie Feinstäube. Ein Tempolimit auf Autobahnen reduziert die Zahl der Verkehrstoten, die Zunahme von Rad- und Fußverkehr fördert Bewegung und beugt Fettleibigkeit vor, weniger Fleischkonsum verringert die Gefahr von Herzinfarkten. Im Gesundheitsbereich könnten enorme Kosten vermieden werden, so das Ergebnis der WHO.

- Die Gesundheitsfolgen der Klimakrise sind vielfältig und in den Ländern des globalen Südens lebensbedrohend. Extremwetterereignisse, Hitzestress, Asthma und Allergien, die Ausbreitung von Infektionskrankheiten, Zunahme der Luftschadstoffe, vermehrte UV-Strahlung sowie psychische Belastungen gehören zu den größten Bedrohungen. Besonders betroffen sind alte Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen und Kinder.
- Für Deutschland sind Hitzewellen bereits heute aktuell. Hierunter leiden besonders häufig Menschen mit geringem Einkommen, die in sogenannten Hitzeinseln ohne Frischluftschneisen leben, sowie Menschen mit Vorerkrankungen und Kinder.
- Menschen, die körperlicher Arbeit unter freiem Himmel nachgehen müssen (Bau etc.) sind der steigenden bodennahen Ozonkonzentration besonders stark ausgesetzt.

MIGRATION UND KLIMA

Zunehmende Flucht und Migration sind direkte Auswirkungen der Klimakrise. Durch den Verlust an Bodenfruchtbarkeit ist oft die lokale Versorgung mit Nahrungsmitteln nicht mehr sichergestellt oder eine weitere Lebensperspektive nicht mehr gegeben, **Naturkatastrophen** zerstören Lebensräume. Rund ein Zehntel der Migration ist mittlerweile auf die Klimakrise zurückzuführen, allein 2019 mussten 24,9 Millionen Menschen klimabedingt ihre Heimat verlassen. Laut Vereinten Nationen kommt jede Sekunde ein Mensch hinzu. Bis 2050 werden davon 200 Millionen Menschen betroffen sein, so Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration.

Bestimmte Regionen wie Inselstaaten gelten als Risikogebiete, aber auch Küstenregionen, Flusstäler und Flussdeltas, trockene Gebiete mit unsicherer Wasserversorgung sowie Polarregionen, Tundra und Hochgebirge zählen zu den besonders gefährdeten Gebieten. Organisatorisch und finanziell schwache Staaten können die Folgen der zunehmenden Naturkatastrophen immer weniger bewältigen.

Der oft zitierte Begriff des „Klima- oder Umweltflüchtlings“ hat noch immer wenig Relevanz, da Umweltkatastrophen rechtlich nicht als Fluchtgrund anerkannt sind. Der Beschluss des UN-Menschenrechtsausschusses, dass Menschen Asyl zu gewähren ist, wenn ihr Leben durch Klimaveränderungen bedroht ist, bleibt bisher folgenlos. Bisher muss, wer als Flüchtling anerkannt werden möchte, die Landesgrenzen überwinden und Opfer einer schweren Menschenrechtsverletzung/Verfolgung sein. **Klimaflüchtlinge** erfüllen diese Kriterien in der Regel nicht.

Konflikte um Ressourcen nehmen an Anzahl zu und werden immer gewalttätiger ausgetragen. Nach Regime-Konflikten, in denen es um die Veränderung des politischen Systems geht, rangieren sie auf Platz zwei der Konfliktursachen. Im Vordergrund stehen dabei bis heute zumeist Konflikte um Wasser, so wurden bereits im Zeitraum 2000 bis 2012 weltweit über 50 Konflikte mit Gewalteinwirkung aufgrund der Konkurrenz um Wasser festgestellt, aber auch Konflikte um fruchtbares Land nehmen zu, wie zum Beispiel in Nigeria, wo der Kampf ums Land bereits seit Jahren eines der bedeutendsten Sicherheitsrisiken darstellt.

Nur in Einzelfällen wurden Menschen bisher als „Klimaflüchtlinge“ anerkannt. So zum Beispiel im Jahr 2014, als ein Einwanderungsgericht in Neuseeland entschied, einer Familie aus Tuvalu Asyl zu gewähren. Tuvalu ist einer von mehreren Inselstaaten im Pazifik, die wegen des **steigenden Meeresspiegels** immer häufiger überflutet und somit allmählich unbewohnbar werden. In anderen, ähnlichen Fällen wurden Schutzgesuche in Neuseeland jedoch abgewiesen.

- Zunehmende Flucht und Migration sind direkte Folgen der Klimakrise, da aufgrund von Dürre und Naturkatastrophen Regionen unbewohnbar werden. 2019 mussten 24,9 Millionen Menschen klimabedingt ihre Heimat verlassen.
- Für Klimaflüchtlinge gibt es keinen international anerkannten Flüchtlingsstatus – im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen.
- Ressourcenknappheit führt zunehmend zu bewaffneten Konflikten.

WOHNEN UND KLIMA

Wohnen ist ein Menschenrecht, das zunehmend unter Druck gerät. **Bezahlbarer Wohnraum** ist in städtischen Gebieten rar gesät. Zu den Ursachen zählen unter anderem der Schwund an Sozialwohnungen, umfangreiche Privatisierungen und damit einhergehende Finanzialisierung des Wohnungsmarktes, wenig Neubau im unteren Preissegment, Zuzug in die Städte, Bevölkerungswachstum sowie steigender Wohnflächenverbrauch. Energetische Sanierungen führen durch die Konstruktion ihrer Finanzierung ebenfalls zu steigenden Mieten und zur Verdrängung einkommensschwacher Personengruppen, denn die Kosten können über die Modernisierungumlage mit jährlich und unbefristet acht Prozent auf die Mieter_innen umgelegt werden. Mieter_innen finanzieren somit **energetische Modernisierungsmaßnahmen** nahezu alleine, was zu steigenden Wohnkostenbelastungen führt. Umlegbare Modernisierungskosten umfassen im Übrigen und am Rande auch den Einbau von Aufzügen oder die Gartenneugestaltung. In den 77 deutschen Großstädten müssen mittlerweile 40 Prozent der Haushalte, das entspricht 5,6 Millionen Haushalten mit 8,6 Millionen Menschen, mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für ihre Kaltmiete ausgeben – bei kleinen Einkommen ein großes Problem. Rund 1,6 Millionen Menschen müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete ausgeben. Rund 1,3 Millionen Haushalten steht nach Abzug der Miete nur noch ein Einkommen unterhalb des Grundsicherungsniveaus und somit unterhalb des Existenzminimums zur Verfügung.

Seit 2021 wird auf den Ausstoß von Treibhausgasen im Bereich Wohnen und Verkehr mit 25 Euro pro Tonne bepreist. Das macht Heizöl um 7 Cent pro Liter teurer, Gas um 0,5 Cent pro Kilowattstunde. Vermieter_innen können den Aufpreis zu 100 Prozent an die Mieter_innen weiterleiten. Klimapolitisch ist eine Verteuerung des Treibhausgasausstoßes geboten, die Lenkungswirkung verpufft jedoch, wenn Vermietende die Zusatzkosten nicht übernehmen müssen. Sozialpolitisch ist es bedenklich, die Mieten weiter zu erhöhen, gerade in **ungedämmten Wohnungen**, wo einkommensschwächere Haushalte wohnen und der Verbrauch tendenziell höher ist.

Mit unter einem Prozent ist die energetische Modernisierungsrate trotz attraktiver Förderprogramme und der Modernisierungumlage viel zu gering, um das Ziel der Treibhausgasneutralität 2050 zu erreichen. Ohne Ge- und Verbote sowie Beratungsangebote wird das Tempo nicht ausreichend erhöht werden. Gemeinwohlorientierte Wohnungsunternehmen weisen im Übrigen überdurchschnittlich hohe energetische Standards auf.

- Bezahlbarer Wohnraum und klimaneutrales Wohnen dürfen nicht länger Gegensätze bleiben. Daher müssen Förderprogramme ausreichend wirksam entwickelt sein, Ordnungsrecht muss ebenfalls die Gebäudesanierungsrate erhöhen. Die Modernisierungsumlage selbst ist zu modernisieren.
- Die CO₂-Bepreisung im Bereich Wohnen darf nicht einseitig auf den Schultern der Mieter_innen abgeladen werden.

GENERATIONEN- GERECHTIGKEIT UND KLIMA

Kinder und Jugendliche sind besonders von der Klimakrise betroffen, weil ein intaktes ökologisches Umfeld eine zentrale Voraussetzung für ihre körperliche und psychische Entwicklung ist. Diese wird in unterschiedlichen Gesetzen geschützt, wie beispielsweise in der UN-Kinderrechtskonvention oder auch im SGB VIII. Der Zugang zu Lebensgrundlagen wie sauberer Luft oder sauberem Wasser ist angesichts der Klimakrise bereits heute nicht mehr selbstverständlich, künftig wird sich die Situation gerade auch durch das **Überschreiten von Kippunkten** verschärfen. Momentan steuern wir auf eine Erderwärmung von drei bis fünf Grad Celsius zu, was sich nach wenig anhört, jedoch dramatische Auswirkungen haben wird. Bereits ab einer Erwärmung von 1,5 Grad gehören Hitzewellen, Fluten und Dürren zum Alltag. Steigt die globale mittlere Temperatur um zwei Grad, werden tödliche Hitzewellen und Essensknappheit den Globus heimsuchen. Bei einem Anstieg um drei Grad werden Milliarden Menschen von Dürren und Hungersnöten betroffen sein. Bei einem weiteren Grad an Erwärmung werden Hunderte Städte überschwemmt und nicht mehr bewohnbar sein, bei fünf Grad schließlich wird ein Großteil der Erde schlicht unbewohnbar sein.

Steigende Temperaturen führen zu schweren gesundheitlichen Beeinträchtigungen, unter denen besonders auch junge Menschen leiden, die entwicklungsbedingt eine besondere Vulnerabilität aufweisen, aber auch als Generation betroffen sind, da davon auszugehen ist, dass sie auch als Erwachsene und somit über die gesamte Lebensspanne mit Auswirkungen dieser Krise konfrontiert sein werden. Bereits heute sind Kinder und Jugendliche von den mit der Klimakrise verbundenen zunehmenden psychosozialen und gesundheitlichen Belastungen betroffen, beispielsweise mit einem Anstieg allergischer Erkrankungen, der

Zunahme von Atemwegserkrankungen ebenso wie mit der Ausbreitung neuer Erkrankungen. Kinder sind zudem besonders vulnerabel in Bezug auf Feinstaubemissionen von Industrie und Verkehr, die unter anderem das Risiko der Einschränkung der Lungenfunktionen oder von Lungenentzündungen erhöhen. Dabei sind aber der Grad der Betroffenheit und die Möglichkeit, sich zu schützen von der sozialen Lebenslage abhängig.

Umweltbezogene Ängste haben stark zugenommen: 71 Prozent der jungen Menschen im Alter von zwölf bis 25 Jahren machen sich Sorgen aufgrund Umweltverschmutzung, 65 Prozent haben **Angst vor dem Klimawandel**. 68 Prozent der in einer Sinus-Befragung interviewten 14- bis 24-Jährigen stimmen der Aussage zu: „Der Klimawandel macht mir große Angst.“ Dabei fühlen sich viele von der älteren Generation im Stich gelassen (67 Prozent Zustimmung), und drei von vier Befragten bejahen die Aussage: „Ich habe das Gefühl, wir Jungen müssen die Fehler der Älteren beim Klimaschutz ausbaden“ (ebd.).

Jugendbewegungen wie Fridays for Future haben in der (politischen) Öffentlichkeit Gehör erhalten, demokratisch mitbestimmen können unter 18-jährige jedoch nicht. Sie werden künftig die Hauptleidtragenden von mangelndem Klimaschutz sein, haben bei Wahlen jedoch keine Möglichkeit, deren Ausgang zu beeinflussen.

- Momentan steuert die Weltgemeinschaft auf eine Temperaturerhöhung von drei bis fünf Grad Celsius zu. Wie die Welt dann aussehen wird, kann nur als dystopisch bezeichnet werden: Milliarden von Menschen nicht nur im globalen Süden werden von Dürren und Hungersnöten heimgesucht werden, Hunderte Städte werden überschwemmt sein, ein Großteil der Erde unbewohnbar.
- Kinder und Jugendliche haben die Klimakrise nicht verursacht, sind in demokratischen Wahlen nicht stimmberechtigt, leiden jedoch bereits heute durch gesundheitliche Einschränkungen wie Allergien oder Atemwegserkrankungen sowie durch psychische Belastungen („Klimaangst“).





KLIMA-TEAM IM DEUTSCHEN CARITASVERBAND

Irene L. Bär – Astrid Schaffert – Martin Herceg

So erreichen Sie uns:

klimaschutz@caritas.de, Tel. 0761 200-223



Weitere speziell für mögliche Fragen in den sozialen Medien oder öffentliche Aktionen vor Ort erarbeitete Argumentations-Snacks finden Sie unter: klima.caritas.de/fragen_antworten



Außerdem haben wir für Sie das Caritas-Klima-Glossar erstellt. Hier erläutern und erklären wir wichtige Begriffe aus den Bereichen Klimaforschung, Klimaschutzfinanzierung und -politik. Das Klima-Glossar finden Sie unter: klima.caritas.de/glossar



Von dieser Handreichung existiert auch eine Kurzfassung, die auf wenigen Seiten unserer politischen Forderungen wiedergibt und die wichtigsten Fragen zum Klima-Engagement der Caritas beantwortet: klima.caritas.de/forderungen_kompakt



Die Forderungen wurden im Rahmen der Caritas-Delegiertenversammlung vom 14. Oktober 2020 als Positionspapier erarbeitet. Als Grundlage dient das vom Vorstand des Deutschen Caritasverbandes gezeichnete Hintergrundpapier „Klimaschutz ambitioniert und sozial gerecht gestalten“. Dieses sowie weitere Hintergrundpapiere und Broschüren finden Sie unter: klima.caritas.de/caritasundklimaschutz



gefördert durch:



European
Climate
Foundation



Herausgeber:
Deutscher Caritasverband e.V.
Bereich Organisation, Strategie und Theologie
Karlstr. 40, 79104 Freiburg, www.caritas.de
Autor_innen: Astrid Schaffert, Irene L. Bär, Martin Herceg

Stand: Juli 2021

Gestaltung: Simon Gümpel, Freiburg
Druck: Hofmann Druck
100 % Recycling-Papier mit dem Blauen Engel
Kompensiert mit der Klima-Kollekte